

Erfüllter Vertrag auf Gegenseitigkeit?

Empirische Daten zum gesellschaftlichen Zusammenhalt

PROF. DR. EVERHARD
HOLTMANN

Politikwissenschaftler,
Forschungsdirektor am Zentrum
für Sozialforschung Halle e.V.
(ZSH) an der Martin-Luther-
Universität Halle-Wittenberg,
Leitung Kompetenzzentrum soziale
Innovation Sachsen-Anhalt.
<https://www.zsh-online.de>

Gesellschaftlicher Zusammenhalt ist ein zugleich gefühliger und sozialmoralisch aufgeladener Begriff. Er hat Verpflichtungscharakter, den die meisten Menschen bereitwillig anerkennen. Dabei befolgen sie instinktiv oder bewusst eine als natürlich angesehene Lebensregel, dass der Mensch ein soziales Wesen ist und nur als Mitglied einer solidarischen Gemeinschaft jene Geborgenheit und Sicherheit erfährt, die ihm ein menschenwürdiges Dasein ohne Gefahr für Leib und Leben ermöglicht. Gesellschaftlicher Zusammenhalt beruht folglich auf einem – ursprünglich ungeschriebenen, heute vielfach in rechtliche Form gefassten – Grundsatz der Gegenseitigkeit.

Zur Bedeutung von gesellschaftlichem Zusammenhalt

Die *Reziprozität*, die sozialen Beziehungen eigen ist, nimmt in der Position des »Selbst im System« eine politische Gestalt an (Almond/ Verba 1963). Gesellschaftlicher Zusammenhalt ist als ein positiv besetztes Leitbild auch deshalb weithin unumstritten, weil die Wirklichkeit häufig ganz anders aussieht: Lebenschancen sind ungleich verteilt, Eigennutz, soziale Kälte, Ungerechtigkeit, Vertrauensbruch und mangelnde Hilfsbereitschaft sind allgegenwärtig. Gegenüber solchen Nachteileerfahrungen bietet gesellschaftlicher Zusammenhalt einen normativen Gegenentwurf. Darin schwingt der Vorsatz bzw. die Erwartung mit, der Spaltung und einem weiteren Auseinanderdriften der Gesellschaft entgegenzuwirken. Dies erklärt, weshalb in unserer Gesellschaft ein Grundgefühl weit verbreitet ist, dass »der Zusammenhalt in Deutschland gefährdet« sei. Einer entsprechenden Frage der Bertelsmann Stiftung im Jahr 2017 stimmten 38 der Befragten völlig/ziemlich und weitere

37 Prozent teilweise zu (Bertelsmann 2017, S. 58).

Es verwundert nicht, dass gesellschaftlicher Zusammenhalt ein anerkannter Programmbegriff der Politik geworden ist. Zusammenhalt ist, so heißt es beispielsweise im Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der deutschen Einheit von 2017, »Ausdruck eines funktionierenden und solidarischen Gemeinwesens, ein Gradmesser für das soziale Miteinander« und verweise auf »eine wichtige Dimension der Lebensqualität« (BMWi 2017, S. 9).

Zu einer vollständigen Beschreibung der Realität gehört indes auch, dass gesellschaftlicher Zusammenhalt manchmal Züge von sozialem Zwang annehmen kann. So kann die soziale Dichte, Nähe und häufige Interaktion, die für kleinräumige lokale Lebenswelten kennzeichnend ist und deren bürgerschaftliche Lebendigkeit ausmacht, mitunter auch als beengend und bevormundend empfunden werden. Die soziologische Dorfforschung der 1970er Jahre hat die Ambivalenz einer solchen intensiven sozialen Kontrolle bildhaft als »Not- und Terrorzusam-

menhang« umschrieben (Wehling 1978, S. 38; vgl. Holtmann/Killisch 1991, S. 61ff.). Und wahr ist auch, dass der innere Zusammenhalt, den Minderheiten bzw. abgeschottete Kleinstgruppen aus ihrer Andere ausgrenzenden oder gar abwertenden Identität beziehen, die soziale Kohäsion des Gemeinwesens nicht gerade befördert.

Mengenmäßig betrachtet, sind solche Phänomene allerdings eine gesellschaftliche Randerscheinung, die den »sozialen Kitt« der Gesellschaft bisher nicht hat porös werden lassen. In der oben erwähnten Bertelsmann-Umfrage bejahten 68 Prozent der Bevölkerung, dass der Zusammenhalt in der eigenen Wohngegend sehr bzw. eher gut sei (Bertelsmann 2017, S. 59).

Zur Definition des Begriffs und zu seiner Operationalisierung

Zur Definition des Begriffs und für seine wissenschaftliche Operationalisierung bietet das von der Bertelsmann Stiftung in den letzten Jahren entwickelte und angewandte Konzept, das gängige Variablen aufnimmt, einen brauchbaren Anhaltspunkt. Belastbare soziale Beziehungen, eine positive emotionale Verbundenheit der Menschen mit ihrem Gemeinwesen und eine ausgeprägte Gemeinwohlorientierung sind demzufolge konstitutiv für eine kohäsive Gesellschaft (so Bertelsmann 2019, S. 14). Diese »drei Kernbereiche von Zusammenhalt« werden in dem Konzept in insgesamt neun Dimensionen weiter ausdifferenziert, nämlich (1) Qualität sozialer Netze; Vertrauen in Mitmenschen; Akzeptanz einer Vielfalt von Lebensweisen – (2) Identifikation mit dem Gemeinwesen, in dem man lebt; Vertrauen in Institutionen; wahrgenommene Gerechtigkeit – (3) erlebte Solidarität und Hilfsbereitschaft der Menschen untereinander; Anerkennung sozialer Regeln; zivilgesellschaftliche und politische Partizipation (Ebenda und Bertelsmann 2017, S. 19).

Die entsprechenden Variablen wurden im Frühjahr 2017 zuletzt repräsentativ erhoben und in mehreren Publikationen der Bertelsmann Stiftung analytisch aufbereitet und dokumentiert (Bertelsmann 2017 und 2019; vgl. auch Bertelsmann 2016). Im Folgenden stellen wir korrespondierende und die Gütersloher Untersuchungsergebnis-

Tabelle 1: Verbundenheit mit dem Wohnort (Prozentwerte)

	West	Ost		Gemeindetypus				
				1	2	3	4	5
sehr stark/ziemlich stark	64,2	71,5	West	74,7	74,6	64,9	67,4	62,6
			Ost	67,4	70,2	72,0	70,0	71,5
weniger stark/überhaupt nicht	11,8	6,5	West	11,1	11,3	7,5	8,6	12,7
			Ost	4,8	8,0	7,5	5,4	5,5

Datenbasis: Bevölkerungsumfrage Politische Partizipation 2018.

Legende: Frage: Wie stark fühlen Sie sich mit den folgenden Gebieten verbunden?
Gemeindetypen:

- 1 = Großstadt
- 2 = Mittelstadt
- 3 = Größere Kleinstadt
- 4 = Kleine Kleinstadt
- 5 = Landgemeinde

Fehlende Prozente: Antwortkategorie »mittelmäßig«, weiß nicht, k.A.

se ergänzende Befunde einer eigenen bundesweiten Bevölkerungsumfrage vor, die in der ersten Hälfte des Jahres 2018 durchgeführt worden ist und deren Ergebnisse dem Projektbericht »Politische Partizipation in Ostdeutschland« zugrunde liegen.¹ Die nachstehende Auswahl umfasst die Dimensionen räumliche Bindung, Vertrauen in politische Institutionen, wahrgenommene Gerechtigkeit, zwischenmenschliche Beziehungen und Demokratiezufriedenheit.

Aktuelle Daten zum Zusammenhalt – eine Auswahl

Räumliche Verbundenheit

Die Verbundenheit mit dem Wohnort ist hierzulande hoch (Tabelle 1). Ost-West-Unterschiede sind erkennbar, fallen jedoch moderat aus. Bemerkenswert dabei ist, dass die Ortsbindung in West-

deutschland mit geringerer Ortsgröße abnimmt, in Ostdeutschland hingegen zunimmt.

Mit fortschreitendem Alter (bis 65 Jahren) steigt die Verbundenheit mit dem Wohnort an. Dies lässt darauf schließen, dass die nachwachsende Generation erst in vergleichsweise geringerem Maße im Ort verwurzelte soziale Verkehrskreise aufbaut und/oder in ihren Lebensperspektiven stärker überlokal ausgerichtet ist.

Vertrauen in politische Institutionen

Das Institutionenvertrauen (Tabelle 2) zeigt das seit langem bekannte deutliche Gefälle: Die politischen Institutionen (Parteien, Bundestag, Bundesregierung) sind geringer angesehen als die sogenannten regulativen Institutionen (Gerichte, Polizei, Verwaltung). Während erste gleichsam permanent unter

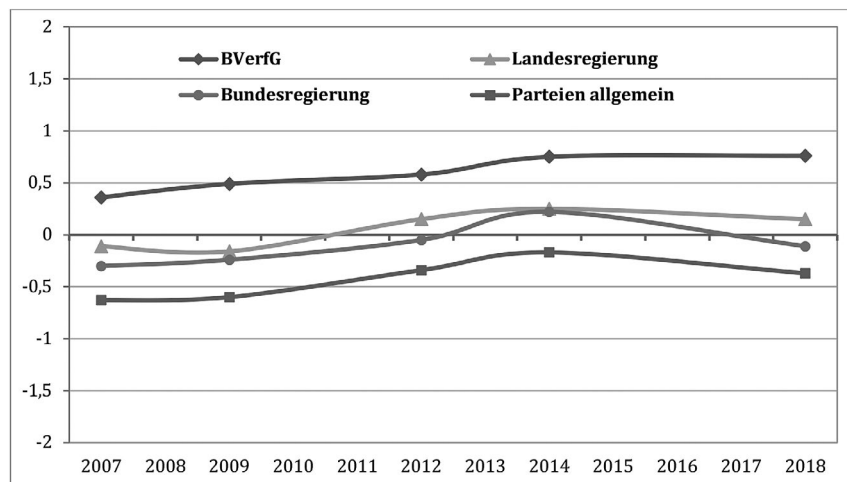
Tabelle 2: Institutionenvertrauen (Prozentwerte)

Institution	West	Ost
politische Parteien allgemein	24,5	17,5
Bundestag	39,3	29,0
Bundesregierung	36,8	27,5
Gerichte	60,1	52,2
Öffentliche Verwaltung	46,1	39,4
Polizei	75,8	71,5
politische Partei, der persönlich verbunden	47,8	44,1

Datenbasis: Bevölkerungsumfrage Politische Partizipation 2018.

Legende: Frage: Ich nenne Ihnen jetzt eine Reihe von Gruppen und Einrichtungen. Bitte sagen Sie mir für jede, ob Sie ihr voll und ganz, weitgehend teilweise, eher nicht oder überhaupt nicht vertrauen
Kumulierte Prozentanteile für »vertraue voll und ganz/weitgehend«
Fehlende Prozente: weiß nicht, k.A.

Abbildung 1: Vertrauen in Institutionen im Zeitverlauf in Sachsen-Anhalt, 2007 – 2018
(Mittelwerte von -2 »überhaupt kein Vertrauen« bis 2 »volles Vertrauen«)



Quellen: Sachsen-Anhalt-Monitor 2007 bis 2018

Tabelle 3: Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie (Prozentwerte)

	West	Ost		Gemeindetypus				
				1	2	3	4	5
sehr/ eher zufrieden	38,5	20,3	West	44,6	41,0	38,2	36,0	30,6
			Ost	33,6	19,8	19,6	20,4	22,1
eher/ sehr unzufrieden	22,9	27,4	West	19,7	18,9	23,8	23,0	28,4
			Ost	29,4	34,7	35,6	35,1	37,0

Datenbasis: Bevölkerungsumfrage Politische Partizipation 2018

Legende: Frage: Wie zufrieden sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in Deutschland funktioniert?
Sind Sie sehr zufrieden, eher zufrieden, teils/teils, eher unzufrieden, sehr unzufrieden?
Kumulierte Prozentanteile für »sehr/ eher zufrieden«
Fehlende Prozente: weiß nicht, k.A.

negativem »Machtverdacht« stehen, werden letztere mehr mit unpolitischer bzw. politisch neutraler Amtsausübung in Verbindung gebracht (vgl. auch Bertelsmann 2017, S. 33). Der Ost-West-Unterschied ist deutlich. Eine regionale Längsschnittanalyse für Sachsen-Anhalt deutet darauf hin, dass das Vertrauen in politische Institutionen im Laufe der letzten fünf Jahre abgeknickt ist (Abbildung 1).

Demokratiezufriedenheit

Sehr bzw. eher zufrieden damit, wie die Demokratie hierzulande funktioniert, sind gegenwärtig etwa zwei von fünf Westdeutschen, aber nur ca. eine(r) von fünf Ostdeutschen (Tab. 3). Dabei ist der für Ostdeutschland gemessene Wert zwischen 2016 und 2018 nachgerade dramatisch zurückgegangen. In beiden

Landesteilen ist der großstädtische Bevölkerungsteil demokratiezufriedener; im Osten verläuft jedoch eine deutliche Bruchlinie zwischen großen Städten einerseits sowie mittleren und kleineren Städten und Landgemeinden andererseits.

Zwischenmenschliche Beziehungen

Ein Gradmesser für gesellschaftlichen Zusammenhalt ist auch die Qualität der zwischenmenschlichen Beziehungen im näheren Lebensumfeld. Jeweils

60 Prozent und mehr befragte Ost- wie Westdeutsche bejahen, dass, wenn es darauf ankommt, »die Menschen hier zusammenhalten« und insgesamt »gut miteinander auskommen«. Auch bei der Einschätzung, dass »man den Leuten hier vertrauen kann«, liegen Ostdeutsche (gut 65 Prozent positive Nennungen) und Westdeutsche (annähernd 67 Prozent) nahezu gleichauf. Nachbarschaftliche Selbsthilfe (»die Leute hier helfen sich gegenseitig«) ist, wie unsere Bevölkerungsumfrage von 2014 gezeigt hat, im Osten mit 61 Prozent zustimmendem Urteil stärker ausgeprägt als im Westen mit 53 Prozent (Gabriel/ Holtmann 2015, S.187).

Wahrgenommene Gerechtigkeit

Bezüglich der Frage, ob es »in Deutschland alles in allem eher gerecht oder eher ungerecht zugeht«, ist die Bevölkerung seit je her gespalten. Dabei können sich Anteile positiver und negativer Einschätzungen auch kurzfristig verschieben. Wie Tabelle 4 veranschaulicht, ist das Empfinden ungerechter Verhältnisse im Osten des Landes stärker ausgeprägt als im Westen.

Ähnliche regionale Unterschiede ergeben sich bei der Frage, ob jemand »persönlich einen gerechten Anteil« erhält. In unserer Bevölkerungsumfrage von 2018 verneinen das 27,4 Prozent der Befragten in Westdeutschland und 37,5 Prozent in Ostdeutschland.

Abschließende Bemerkung

Abschließend sei angemerkt, dass die ausgewählten Variablen gesellschaftlichen Zusammenhalts, ebenso wie weitere, die hier nicht einbezogen worden sind, nicht isoliert nebeneinander, sondern in einer Wechselwirkung stehen. So vertraut beispielsweise den Institutionen mehr, wer die allgemeinen und persönlichen Verhältnisse als gerecht empfindet und mit dem Funktionieren der Demokratie zufrieden ist – und vice versa.

Tabelle 4: Bewertung der Verhältnisse als gerecht oder ungerecht (Prozentwerte)

„Es geht in Deutschland alles in allem	West	Ost	Gesamt
eher gerecht zu	55,0	37,7	52,3
eher ungerecht zu	37,6	53,6	40,0

Datenbasis: Bevölkerungsumfrage Politische Partizipation 2018; Fehlende Prozente: Antwortkategorien weiß nicht, k.A.

Anmerkungen

- (1) Die Langfassung des Abschlussberichts und die Kurzversion können abgerufen werden unter <https://www.beauftragter-neuelaender.de/BNL/Redaktion/DE/Pressemitteilungen/2019/2019-05-07-hirte-politisches-engagement-ist-unterschiedlich.html>. ■

Literatur



Almond, Gabriel/ Verba, Sidney (1963): The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations, Princeton.

Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2016): Der Kitt der Gesellschaft. Perspektiven auf den sozialen Zusammenhalt in Deutschland, Gütersloh.

Bertelsmann Stiftung (2017): Sozialer Zusammenhalt in Deutschland 2017. Radar gesellschaftlicher Zusammenhalt. Verfasst von Regina Arant, Georgi Dragokov und Klaus Boehnke, Gütersloh.

Bertelsmann Stiftung (2019): Schwindendes Vertrauen in Politik und Parteien. Eine Gefahr für den gesellschaftlichen Zusammenhalt? Mit Beiträgen von Rainer Faus, Tom Mannewitz, Simon Storks, Kai Unzicker und Erik Vollmann, Gütersloh.

Bundesministerium für Wirtschaft und Energie (2017): Die Beauftragte der Bundesregierung für die neuen Bundesländer: Jahresbericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit 2017, Berlin.

Gabriel, Oscar W./ Holtmann, Everhard/ Jaeck, Tobias/ Leidecker-Sandmann, Melanie/ Maier, Jürgen/ Maier, Michaela (2015): Deutschland 25. Gesellschaftliche Trends und politische Einstellungen (bpb Zeitbilder), Bonn.

Holtmann, Everhard/ Killisch, Winfried (1991): Lokale Identität und Gemeindereform. Der Streitfall Ermsershausen, Erlangen.

Wehling, Hans-Georg (1978): Dorfpolitik, Opladen.

Sozialplanung als Instrument für bedarfsgerechtes Ressourcenmanagement



Professionalisierung und Internationalisierung von Sozialplanung

Von Prof. Dr. Andreas Strunk und Walter Werner

2019, 204 S., brosch., 39,- €

ISBN 978-3-8487-4142-7

(Edition Sozialwirtschaft, Bd. 44)

nomos-shop.de/29818

Sozialplanung ist auf dem Weg zu mehr Professionalität und geht erste Schritte einer internationalen Verständigung. Der Sammelband stellt neue Wege zur Professionalisierung der Sozialplanung in Ausbildung, Praxis und Lehre dar und illustriert ihren Gebrauchswert exemplarisch in den Anwendungsfeldern Soziale Arbeit, Jugendarbeit und Inklusion von Menschen mit Behinderung.

Den internationalen Blick eröffnen Beiträge zur Sozialplanung in Deutschland, Österreich und der Schweiz. Aus diesem Blickwinkel stellt sich die Disziplin bzw. das historisch noch junge Projekt Sozialplanung unterschiedlich dar. Gegenüber einer bald flächendeckenden Ausprägung der Sozialplanung in deutschen Kommunen ist Sozialplanung in Österreich und der Schweiz erst in einzelnen Regionen etabliert, wenngleich sozialplanerische Praktiken auffindbar sind, ohne dass dafür explizit der Begriff Sozialplanung verwendet wird. Der Sammelband empfiehlt sich für alle, die Sozialplanung lehren, betreiben oder sich dafür interessieren.



www.nomos-elibrary.de

Erhältlich im Buchhandel
oder **versandkostenfrei** unter nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



Nomos